



Gerhard Schröder und Ingo Kahle

PresseTreff, 19.09.2004, 11:06 Uhr

## Auf in den politischen Herbst

Auf in den politischen Herbst?  
Das Gespräch mit Bundeskanzler  
Gerhard Schröder - geführt von Ingo Kahle

Kurz vor den beiden Landtagswahlen in Sachsen und Brandenburg, vor Kommunalwahlen in Nordrhein-Westfalen gibt Bundeskanzler Gerhard Schröder (SPD) dem Inforadio des rbb im Rahmen der Sendung PresseTreff ein langes Interview.

Dabei werden die aktuellen Auseinandersetzungen um die Sozialreformen, insbesondere um Hartz IV, eine Rolle spielen. Gleichzeitig geht es aber auch, wie immer im PresseTreff um die großen Linien dieser Politik. Von der Schwierigkeit, Deutschland zu reformieren soll die Rede sein. Außerdem sollen die Ziele des in Gang gesetzten Umbaus des Sozialstaates deutlich werden.

Im PresseTreff diskutieren normalerweise Journalisten der Printmedien mit Prominenten aus Politik, Wissenschaft und Kultur.

Diese Sendung ist ein dreiteiliges Interview von Ingo Kahle mit dem Bundeskanzler Gerhard Schröder.

**Teil 1:**  
Heißer Herbst, Hartz IV - der Osten und der Westen

**Inforadio:** Dieses Interview findet ja eine Woche nach einer weiteren Wahlniederlage für die SPD statt - Saarland. Dann am nächsten Sonntag zwei Landtagswahlen, Brandenburg und Sachsen, eine Woche später Kommunalwahlen in Nordrhein-Westfalen. Haben Sie denn eine Botschaft, mit der Sie glauben, Ihren Parteifreunden in diesen Ländern helfen zu können -

gegen die Stimmung, die sich ja bei der Wahl im Saarland zeigte und gegen die Stimmung, wie sie sich auch in den Umfragen zeigt?

**Schröder:** Die Botschaft ist ganz klar. Was wir tun ist Deutschland fit zu machen für die nächsten Jahre, auch für die ganze Dekade und das gilt in zweierlei Hinsicht: Wenn wir ernst nehmen, was sich verändert hat und die richtigen Antworten darauf finden. Was hat sich verändert? Es hat sich verändert die wirtschaftliche Situation - nicht nur in Deutschland, sondern in ganz Europa, in der Welt. Stichwort Globalisierung. Globalisierung meint verschärften Wettbewerb für die Unternehmen, aber auch für Volkswirtschaften, die es gibt. Das hat Auswirkungen auf die Arbeitsmöglichkeiten. Veränderung meint: ein radikal veränderter Altersaufbau in unserer Gesellschaft. Wir haben Gott sei Dank mehr Menschen, die länger leben, damit auch länger Renteneinkommen beziehen und leider weniger junge Leute, weniger Kinder, die geboren werden. Das übt Druck aus auf die sozialen Sicherungssysteme und wenn wir - und das ist mein fester Wille - Sozialstaatlichkeit in und für Deutschland erhalten wollen, dann müssen wir die sozialen Sicherungssysteme umbauen. Auch um Ressourcen freizubekommen, Mittel freizubekommen für die Investitionen, die entscheidend für unsere Zukunftsfähigkeit sind. Das ist die Botschaft, die ich habe und das muß jetzt geschehen, wir dürfen nicht länger warten.

**Inforadio:** Wir werden da noch näher drauf eingehen. Ein Moment noch bleiben wir bei den Wahlkämpfen. Hat sich denn die PDS durch das, was sie jetzt in Sachen Hartz IV veranstaltet, als Regierungspartner für die SPD in den Ländern diskreditiert?

**Schröder:** Schauen Sie, ich habe immer nach dem Prinzip gehandelt, dass die Frage, wer wo regiert, in den Ländern oder in den Kommunen entschieden werden muß. Wir kämen sonst in eine uferlose Debatte. Es muß dort entschieden werden, wo auch verantwortet wird. Und was Brandenburg angeht, hat sich der Brandenburgische Ministerpräsident Matthias Platzeck eindeutig festgelegt, und an dieser Festlegung gibt es nicht zu deuteln. Es ist nicht meine Sache, das zu kommentieren. Aber ich finde seine Position außerordentlich richtig.

**Inforadio:** Also, auch wenn die PDS stärkste Fraktion werden sollte würden Sie nicht unbedingt raten.....

**Schröder:** Es ist eine Unart von Journalisten, immer darüber diskutieren zu wollen, was geschehen könnte, wenn. Ich habe eine andere Aufgabe: nämlich meine Arbeit zu tun und meinen Beitrag soweit möglich zu leisten, dass das, was Sie als Möglichkeit an die Wand malen, nicht geschieht. Ich gehe davon aus, dass angesichts der zu Recht bestehenden hohen Popularität des Ministerpräsidenten die SPD die Nase vorn haben wird.

**Inforadio:** Wie groß sehen Sie denn die Gefahr von rechts? Sowohl Brandenburg, DVU, als auch NPD in Sachsen?

**Schröder:** Das ist wirklich ein großes Problem. Eines, das wir auch aus international politischen Gründen nicht gebrauchen können. Deutschland ist ein freies, demokratisches

Land. Das hilft uns auch, in den internationalen Zusammenhängen das deutlich machen zu können. Und alles, was sich mit dem braunen Sumpf verbindet, schadet uns. Schadet Deutschland, schadet uns auch bei ausländischen Investoren hier. Deswegen hoffe ich, dass in all den Ländern, die Sie angesprochen haben, die Rechtsradikalen keine Chance haben. Ich hoffe es aus innenpolitischen Gründen, aber wie gesagt auch außenpolitisch ist es wichtig, daß wir so etwas nicht wieder zulassen.

**Inforadio:** Thema Hartz IV oder muss ich sagen "Viertes Gesetz zur Modernisierung der Dienstleistungen am Arbeitsmarkt." Das ist halt immer so lang. Sind Sie denn auch der Meinung Ihres Ostbeauftragten - des Ministers Manfred Stolpe - dass der im Osten als diskriminierend empfundene Unterschied bei den Sätzen für das Arbeitslosengeld II bei künftigen Nachjustierungen überprüft werden sollte?

**Schröder:** Schauen Sie, das Problem da ist ja, dass man es in einem bestimmten Zusammenhang sehen muß. In dem Zusammenhang, den es natürlich auch bei den Löhnen und Gehältern - mindestens bei denen, die im öffentlichen Dienst gezahlt werden, gibt und wenn man in einem Bereich angleicht, dann wird man das in den anderen auch tun müssen. Wir haben entschieden, dass es schrittweise zu einer Angleichung der Löhne und Gehälter, die im öffentlichen Dienst gezahlt werden, kommt. Im Zusammenhang damit wird man die andere Frage diskutieren müssen. Gegenwärtig wird es keine weiteren Änderungen an den Gesetzen, die Sie zitiert haben, geben.

**Inforadio:** Beispiel Brandenburg - die Fakten sind ja eindeutig: Von den 160.000 Beziehern von Arbeitslosenhilfe bekommen 125.000 künftig mehr Geld. Die durchschnittlich gezahlte Arbeitslosenhilfe liegt jetzt bei 476 Euro und künftig gibt dann für diese Menschen 650 Euro. Aber im Osten kommen im Schnitt auf eine freie Stelle 32 Arbeitslose und in manchen Regionen sieht es noch finsterner aus. Haben Sie wirklich Hoffnung, dass sich daran durch Hartz IV etwas grundlegend ändert?

**Schröder:** Wir müssen dabei sehen: Hartz IV selbst ist kein Programm, um Arbeitsplätze zu schaffen. Das kann der Staat ja auch nur bedingt. Sondern das muss eine gemeinsame Anstrengung von Politik im Bund - wir tun das - in den Ländern, in den Kommunen sein, aber natürlich auch der Wirtschaft. Und da gibt es Licht- und Schattenseiten, was den Osten angeht. Es ist zum Beispiel nicht recht bekannt geworden, dass wir, was die gewerbliche Wirtschaft angeht, im Osten ein doppelt so hohes Wachstum die Jahre über hatten und haben wie im Westen; dass wir bei den forschungsintensiven Beschäftigungen im Osten im Moment besser sind als im Westen. Das sind die Lichtseiten.

Mir macht natürlich die hohe Arbeitslosigkeit Sorgen. Man wird sie nur schrittweise abbauen. Aber was Sie selber zitiert haben, dass die meisten derer, die jetzt Befürchtungen haben, durch die Reform mehr bekommen, ist ja richtig. Und es kommt etwas hinzu: Wir werden im nächsten Jahr fast zehn Milliarden Euro ausgeben können für Eingliederungshilfen; z.B. für Hilfen, die sich auf die Subventionierung von Löhnen beziehen, und, wenn das anders nicht möglich ist für andere Eingliederungshilfen. Fast 42 Prozent, genau 41,8 Prozent, gehen in den Osten, obwohl dort weniger als 20 Prozent der Bevölkerung leben. Das reagiert auf die höhere Arbeitslosigkeit, die Sie ja zu Recht angesprochen haben. Und es kommt noch etwas hinzu: Wir werden dafür sorgen, dass diejenigen, die helfen sollen - also die sogenannten

"Fallmanager" der Bundesagentur für Arbeit - sich besser um die Arbeitslosen kümmern können, um sie in Arbeit zu bringen: Erstens, weil sie für weniger Menschen zuständig sein werden - wir haben jetzt 1:400, manchmal 1:800 - es werden in Zukunft 1:140 bei den Erwachsenen und 1:75 bei den Menschen unter 25 Jahren sein. Und diese Fallmanager können sehr, sehr genau auf die Einzelheiten eingehen, haben also einen großen Spielraum, mit den Betroffenen zusammen zu diskutieren, was kann man machen und dabei auch materielle Hilfen anzubieten. Also die Gesetze sind weit besser als sie gelegentlich dargestellt werden.

**Inforadio:** Es ist sicherlich so: Auf der anderen Seite braucht man - wenn man die größere Arbeitsplatzlücke, die es im Osten gibt, auch nur auf Westniveau anheben will, 550.000 neue Arbeitsplätze. Das zeigt, wie groß diese Dimension ist. Und da ist es dann doch so - eine Allensbachstudie sagt das - dass der großen Mehrheit der ostdeutschen Bevölkerung das Zutrauen fehlt, dass die neuen Länder in absehbarer Zeit einen Aufschwung erleben. Also Frage: Hat Politik, haben auch Sie, Stichwort 'Chefsache Aufbau Ost' in Sachen Angleichung der Lebensverhältnisse vielleicht auch zu viel versprochen?

**Schröder:** Möglicherweise ist zu Beginn der Fehler gemacht worden, als man von den 'blühenden Landschaften' gesprochen hat, die in aller kürzester Zeit entstehen würden und davon, dass man die materiellen Bedingungen quasi aus der Portokasse bezahlen könnte. Das ist nicht eingetreten, das spürt auch jeder. Aber ich will es noch mal sagen, so zu tun, als wenn im Osten gar nichts los wäre - wirtschaftlich gesehen jetzt - ist schlicht falsch. Wir haben etwa in Brandenburg um Berlin herum eine wirtschaftliche Situation, die deutlich besser ist als in sicher wenigen Teilen Westdeutschlands. Und wir haben natürlich auch in den anderen Ländern - denken Sie beispielsweise an die Informations- und Kommunikationstechnologien um Dresden herum, denken Sie an die Automobilindustrie um Leipzig herum, auch in Thüringen - wir haben eine Situation, die es nicht rechtfertigt, so zu tun, als dürfe man alles schwarz in schwarz malen.

**Inforadio:** Ist die Empfehlung an die Menschen: Zieht in diese Kerne?

**Schröder:** Nein, überhaupt nicht!

**Inforadio:** Steckt in Hartz IV womöglich auch eine indirekte Botschaft, eben nämlich genau die, dort hinzugehen wo die Arbeit ist, weil es möglicherweise doch unrealistisch ist, dass man in allen Regionen gleiche Lebensverhältnisse herstellen könnte?

**Schröder:** So generell stimmt das natürlich nicht. Darin steckt keine Aufforderung wegzuziehen. Wir wissen natürlich, dass es Aufgabe von Wirtschaftspolitik ist, möglichst geschlossen in Bund, Ländern und Gemeinden, möglichst in allen Regionen für Arbeitsplätze zu sorgen. Aber das wird natürlich nicht nur über Großprojekte geschehen können, sondern vor allen Dingen wird es die Aufgabe sein, kleine und mittlere Unternehmen entstehen zu lassen, die für diese Arbeitsmöglichkeiten sorgen. In einem Punkt haben Sie Recht: Das ist immer so gewesen, dass es natürlich Kerne gibt in Ländern, wo mehr wirtschaftliche Tätigkeit ist als in anderen Ländern. Das ist im Westen ganz genau so. Natürlich wird es immer auch

Wanderung geben, aber eine Wanderungsbewegung mit Hartz IV in Gang zu setzen, ist überhaupt nicht die Absicht, ganz im Gegenteil. Wir wollen ja gerade erreichen, dass die Menschen dort, wo sie leben, auch arbeiten können. Das wird nicht immer im ersten Arbeitsmarkt geschehen. Deswegen ist ja Hartz IV auch ein Konzept, das den Versuch macht, Arbeit die es gibt - etwa in den Kommunen, etwa bei den Wohlfahrtsverbänden - zu mobilisieren, den Menschen die Leistungen aus der Bundesanstalt zu geben und ihnen die Möglichkeit zu geben, durch die sogenannten Arbeitsgelegenheiten – das bedeutet gemeinnützige Arbeit - hinzuzuverdienen.

Ich bin ziemlich sicher, dass eine solche Strategie auch Erfolge haben wird. Im übrigen, die Ausstattung mit Arbeitsplätzen kann sich nur schrittweise vollziehen, weil wir es nicht anordnen können als Politikerinnen und Politiker, sondern dazu die privaten Investoren brauchen.

**Inforadio:** Sie sagen "schrittweise". Ist der Zeithorizont vielleicht als zu gering angesehen worden in der Vergangenheit, woraus Enttäuschungen entstanden sind?

**Schröder:** Kann sein. Es kann sicher sein, dass die Möglichkeit, die objektive Möglichkeit angeht, auch in allen Regionen und Gemeinden das zureichende Maß an Arbeitsplätzen zu schaffen, überschätzt worden ist. Das will ich gar nicht bestreiten. Aber ich muss darauf hinweisen, dass die Zahlen, die ich genannt habe über das Wachstum im gewerblichen Bereich einen Trend zeigen, der Hoffnung macht und auch Hoffnung machen soll. Nämlich, dass es gelingt, nachdem es wirklich beim Zusammenbruch der früheren DDR zu einer De-Industrialisierung gekommen ist, das Maß an Industrie-Arbeitsplätzen wieder zu schaffen, das man braucht, um die Menschen zu versorgen. Nur: Das ist ein Prozess. Darüber muss man sich keine Illusionen machen, und wir haben diese Illusionen auch nie genährt.

**Inforadio:** Sie haben schon vor einem Konflikt Ost/West gewarnt. Der ist aber deutlich. Wie stark sehen Sie den, wie brisant sehen Sie den?

**Schröder:** Es gibt sicher bei dem ein oder anderen im Westen die Versuchung, einen solchen Konflikt zu schüren.

**Inforadio:** Ganz indirekt macht Herr Steinbrück ja Wahlkampf damit.

**Schröder:** Nein, Herr Steinbrück macht das eigentlich nicht. Im Gegenteil. Aber es gibt so was, gar keine Frage. Ich kann davor nur warnen. Wir sind ein Land, ein Volk und wir müssen Politik für ganz Deutschland machen. Da muss man auf die Besonderheiten gucken. Ich habe die Ziffern genannt, die Zahlen, die Mittel genannt, die in den Osten fließen - weit über das Maß hinaus. Das ist auch das, was ich für richtig halte. Ich denke, wir verstehen uns. Jedenfalls die SPD versteht sich als eine wirklich gesamtdeutsche Partei und so werden wir auch agieren. Dass es vielleicht die ein oder andere Stimme irgendwo geben mag, die eine andere Strategie verfolgt - jedenfalls nicht die Ministerpräsidenten, die ich kenne - das kann so sein. Das wird man nie ganz verhindern können. Aber wir werden dem entgegen treten, denn wir brauchen alles, nur keine neue Spaltungsdebatte.

**Inforadio:** Im Westen fragen sich aber gleichwohl manche: Hat sich nicht nur, wie der Bundespräsident sagt, der Sozialstaat übernommen, sondern besteht die Gefahr, dass sich auch der Solidarstaat übernimmt mit dieser Aufgabe?

**Schröder:** Der Solidarstaat hat sich nicht verbraucht, sondern, diejenigen, die so reden, müssen eins wissen: wenn es im Osten schlecht geht, geht es im Westen nicht gut - das gilt übrigens auch umgekehrt. Das heißt, wenn sie ein Land sind, ein Volk, ein Wirtschaftsraum sind, dann ist es unsinnig, davon auszugehen, dass es jemandem im Westen helfen würde, wenn es im Osten schlecht ginge, sondern das krasse Gegenteil ist der Fall. Deswegen haben wir den Solidarpakt II gemacht. Bis 2019 sind die Mittel definiert, die der Bund gibt. Das wird helfen, wirtschaftlich vernünftige Rahmenbedingungen zu setzen. Das ist völlig in Ordnung so. Und ich verstehe es als meine Aufgabe, nicht zuletzt darauf zu achten, dass das auch so bleibt. Und dass dieser Pakt eingehalten wird, der die notwendigen Mittel bereitstellt, um die Rahmenbedingungen für Ansiedlung vor allen Dingen kleiner und mittlerer Betriebe zu verbessern.

## **Teil 2 :**

Arbeit für Deutschland. Von der Schwierigkeit jetzt das Land zu verändern

**Inforadio:** Unser Thema jetzt : "Arbeit für Deutschland. Von der Schwierigkeit jetzt das Land zu verändern". Herr Bundeskanzler, ich möchte ein Zitat Ihres Parteivorsitzenden Franz Müntefering an den Beginn dieses Teils unseres Gesprächs stellen. Nicht, weil ich Sie etwa zu dessen Interpretieren machen möchte, sondern weil das etwas mit Ihrer Kanzlerschaft zu tun hat. Stichwort: Halbzeit. Müntefering hat gerade gegenüber der Zeitschrift TRIBÜNE gesagt: "Wenn es eine konservative Regierung gäbe, wären die Neuerungen im Land noch schwerer umzusetzen." Das mag nun auf die internen Widersprüche bei der Union gemünzt gewesen sein. Aber ich will auf etwas Anderes hinaus. Positiv zunächst: Hat es eine sozialdemokratisch geführte rot-grüne Regierung nicht wirklich leichter, die - wie Ihr Berater Bert Rürup es nennt – "härteste Sozialreform der Deutschen Geschichte" durchzusetzen?

**Schröder:** Schauen Sie, dass wir es leicht haben, kann man nun wirklich nicht sagen. Sie haben die Kette der Wahlniederlagen erwähnt, Sie haben die Umfragen erwähnt. Ich denke, es wird sich bessern. Ich bin ganz sicher, dass es sich bessern wird, weil mehr und mehr Menschen begreifen, warum wir das tun. Leichter haben wir es nicht als andere, aber es ist vielleicht doch so, dass wir bei allen Schwierigkeiten, die wir haben als eine Partei, deren Identität mit sozialer Gerechtigkeit unter anderem zusammenhängt, es leichter haben, zu erklären, dass es sein muss. Das kann wohl sein.

Aber wie gesagt, von "leicht" in dem Zusammenhang zu sprechen, kann ich angesichts der Erfahrungen, die ich gemacht habe, nicht sehen. Aber notwendig ist es, weil wir uns sonst - na, ich will diesen Begriff ruhig gebrauchen, auf Kosten unserer Nachkommen ein gutes Leben machen würden. Gerechtigkeit hat immer auch etwas zu tun nicht nur mit Gerechtigkeit in der heute agierenden und lebenden Generation, sondern auch immer etwas zu tun mit der Gerechtigkeit gegenüber zukünftigen Generationen, und nicht zuletzt darum geht es bei diesen Reformen.

**Inforadio:** Sie haben mal geschrieben: "Es mangelt an der Fähigkeit der Eliten, das als richtig Erkannte durchzukämpfen, sich notfalls dafür verprügeln zu lassen. 'Leadership' nennt man das in Amerika." Das haben Sie 1997 im Spiegel geschrieben. Sie haben aber wahrscheinlich nicht damit gerechnet, dass Sie dermaßen verprügelt werden?

**Schröder:** Na, verprügeln sollte man nicht so....

**Inforadio:** Na ja, im übertragenden Sinne

**Schröder:** Ja, im bildlichen Sinne haben Sie Recht. Ich habe, als ich die Rede zur Agenda 2010 gehalten habe, nicht damit gerechnet, dass es leicht werden würde. Ich habe immer gesagt, bei Reformmaßnahmen in doch wohlhabenden Gesellschaften - alles in allem: unsere ist so eine, im Vergleich zu anderen, gibt es zwei Probleme, die ganz grundsätzlicher Natur sind. Das erste ist, dass es einen Unterschied gibt zwischen der Bereitschaft, anzuerkennen, dass sich vieles verändern muss, und der Einsicht in diese Notwendigkeit und einer weniger entwickelten Bereitschaft, wenn man persönlich betroffen ist. Das ist das eine Problem, das wir haben.

Das andere ist, dass es eine zeitliche Kluft gibt zwischen den Maßnahmen, die ganz wichtig sind und heute beschlossen werden müssen, weil wir Zukunft sonst wirklich verlieren, und dem eintretenden Erfolg. Und diese zeitliche Kluft macht jeder Reformbemühung zu schaffen. Bei der Gesundheitsreform sieht man inzwischen, dass diese Kluft, diese zeitliche Lücke sich zu schließen beginnt. Denn: Im ersten Halbjahr des letzten Jahres hatten die Kassen ein Defizit von 2 Milliarden Euro. Im ersten Halbjahr diesen Jahres einen Überschuss von 2 1/2 Milliarden Euro. Also ein - wie man das nennt: "Turn around" von 4 1/2 Milliarden zugunsten der Versicherten, denn die Beiträge können sinken - und zugunsten der Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen. Hier zeigt sich, dass die Reform zu greifen beginnt und dass man besser erklären kann, warum man sie macht, wenn sie gegriffen hat. Und das wird bei den Arbeitsmarktreformen genauso sein, ich bin davon überzeugt.

**Inforadio:** Man liest, bei Ihnen sei die Stimmung besser als die Lage. Arbeiten Sie gegenwärtig so an einem Bild von sich als dem Standhaften, dem man das später mal als ein historisches Verdienst anrechnen wird, diese Veränderungen - trotz der Hartz IV-Demonstrationen - ohne schwerste gesellschaftliche Verwerfungen durchgesetzt zu haben?

**Schröder:** Ich denke nicht darüber nach, wie man meine Arbeit später beurteilen wird, sondern ich denke darüber nach, was jetzt notwendig ist. Ich bin ja gewählt worden und habe einen Amtseid abgelegt, der heißt: Schaden von Deutschland abzuwenden. Und das nehme ich ernst. Als sich zeigte, dass diese notwendigen Reformen im Bündnis für Arbeit nicht zu bewerkstelligen sein würden, weil die Teilnehmer des Bündnisses immer nur vom jeweils anderen etwas erwarteten, ohne selber etwas auf den Tisch zu legen, musste ich handeln. Deswegen und weil ich innerlich wirklich zutiefst davon überzeugt bin, dass das, was wir jetzt machen zwar schwierig, aber richtig ist, ist meine Stimmung nicht in dem Sinne gut, dass ich nun durch die Gegend lief und jubilierte. Das gibt die Lage ja gar nicht her. Aber ich bin von der Richtigkeit der Entscheidungen überzeugt und bin davon überzeugt, dass wir sie

durchsetzen müssen. Das schafft ein Maß an innerer Freiheit auch, die man braucht, wenn man solch schwierige Herausforderungen meistern will.

**Inforadio:** Schwierige Herausforderungen. Liegt das auch daran, dass es so schwierig ist, dass Sie ja zumindest 1998 auch anders angetreten sind. Einerseits als Modernisierer, aber auch als jemand, der, ich nenne das mal so, gewissermaßen "lafontainisch" die Grausamkeiten der Regierung Kohl ja zurückgenommen hat und sie später dann, teils verschärft, wieder eingeführt hat. Also, räumen Sie ein, dass Sie sich da ein Glaubwürdigkeits-Problem geschaffen haben?

**Schröder:** Es ist einzuräumen, dass wir am Anfang zwei, drei Entscheidungen getroffen haben, die man aus der Sicht von heute so wohl nicht getroffen hätte. Ich habe das im Deutschen Bundestag ja auch gesagt, etwa mit Bezug auf die Rente. Im übrigen: Wo politisch gehandelt und gearbeitet wird - werden auch Fehler gemacht, dass ist doch gar keine Frage. Nur im Journalismus werden keine gemacht.

**Inforadio:** Naja, aber Sie sind ja damit immerhin ins Amt gekommen...

**Schröder:** ...nur im Journalismus werden bekanntlich keine gemacht. Aber was auf der anderen Seite, auf der Haben-Seite steht, sollte man gar nicht missachten. Denn wir haben in der ersten Legislaturperiode begonnen, die Sicherungssysteme umzubauen. Ich erinnere daran, dass mit der Riester-Rente das aufgebaut wurde, was die Fachleute Kapitaldeckung nennen. Also eine zweite Säule, um das Dach der Rentenversicherung zu halten. Das hat auch Wirkungen.

**Inforadio:** Um noch einmal auf das Zitat zurückzukommen: "Wenn es eine konservative Regierung gäbe, wären die Neuerungen im Land noch schwerer umzusetzen." Die andere Seite ist - meine ich - die: hätte es eine Unionsregierung auch deshalb schwerer, weil sie dann auf eine andere Sozialdemokratie träfe ?

**Schröder:** Das sind ja eine rein theoretische Frage.

**Inforadio:** Nicht ganz...

**Schröder:** Wir kämpfen gerade darum, dass unser Mandat 2006 verlängert wird. Ich gehöre nicht zu denjenigen, die jetzt spekulieren, was denn sein würde, wenn dieses Ziel, das ich mit aller Kraft anstrebe, nicht einträte. Aber was die Sozialdemokratie angeht, so glaube ich jedenfalls, dass das, was wir jetzt für notwendig halten für unser Volk und für die Zukunftsfähigkeit nicht nur der jetzigen Generation, sondern auch kommender Generationen, dass das nicht wieder in Frage gestellt werden würde. Gleichgültig, in welcher Position man ist.



**Inforadio:** Aber im Moment wird es häufig in Frage gestellt. "Man kann solche Reformen nur durchstehen, wenn man kein schlechtes Gewissen hat", hat Katrin Göring-Eckhardt dem Tagesspiegel gesagt. Ist die SPD das ständige schlechte Gewissen Ihrer Regierungspolitik?

**Schröder:** Nein, dass es in einer großen Volkspartei - und das ist sie trotz der Mitgliederverluste immer noch - dass es in einer großen Volkspartei in so wichtigen Fragen, seien es die Fragen der Außenpolitik - also Krieg und Frieden - aber auch der Gesellschaftspolitik unterschiedliche Ansichten gibt, dann auch Diskussionen gibt, das liegt doch auf der Hand, und das soll niemand anders wollen. Ich will es nicht anders. Was ich nur sicherzustellen habe und worüber ich mich nicht zu beklagen habe, ist, dass jede Maßnahme, die die Regierung mit Zustimmung der Partei- und Fraktionsführung und der Koalition beschlossen hat, im Deutschen Bundestag noch allemal die Mehrheit gefunden hat. Das ist das, was wichtig ist. Dass es daneben auch in meiner Partei kontroverse Diskussionen gibt, das versteht jemand gut, der sich in früheren Zeiten an diesen Kontroversen durchaus beteiligt hat.

**Inforadio:** Das schlechte Gewissen und wie es bei der Arbeitsmarktreform funktioniert, denn es kommt darauf an, diese Reformen in die Gesellschaft hineinzutragen: Da sind die Gewerkschaften ganz wichtig und die Gewerkschaften torpedieren ständig ihr Bemühen, für den hohen Anteil gering qualifizierter Arbeitsloser einen Niedriglohnsektor entstehen zu lassen. Zuletzt ging es um die Zumutbarkeit. Die Analyse von Ökonomen ist nun, dass die Gewerkschaften das deshalb tun, weil sie ein Absinken des allgemeinen Lohnniveaus der beschäftigten Arbeitnehmer verhindern wollen, weil sie sonst enorm unter Druck kommen. Beispiel, in dieser Woche beginnen ja die Tarifverhandlungen - die Haustarifverhandlungen - bei VW.

**Schröder:** Was die Frage angeht die Sie nennen, wir brauchen das (Anmerkung Inforadio: Niedriglohnsektor.) Ich habe den Eindruck, dass die Gewerkschaften allemal die Kraft entwickeln können, in den Tarifverhandlungen dafür zu sorgen, dass die Befürchtungen, die Sie thematisiert haben, so nicht eintreten. Deswegen würde ich immer die Empfehlung geben: Glaubt an die eigene Kraft! Wir müssen im übrigen das tun, was ökonomisch vernünftig ist. Und ich füge hinzu, wenn ich mir das anschauere, wie unterschiedlich in den Regionen jetzt schon bezahlt wird, dann glaube ich, sind das häufig theoretische Diskussionen, die da geführt werden.

**Inforadio:** Aber, wenn der Ausbau eines solchen Niedriglohnsektors - '97 als Ministerpräsident haben Sie da durchaus noch schärfere Sachen gefordert - die einzige Chance für die gering qualifizierten Langzeitarbeitslosen ist, an Arbeit zu kommen, dann können Sie eigentlich wie Sie früher schon deutlich gemacht haben, nicht für Mindestlohn sein. Warum lassen Sie diese Debatte zu?

**Schröder:** Das ist auch eine der grundsätzlichen Diskussionen. Es gibt Bereiche, in denen das durchaus Sinn macht, um ein totales Abrutschen unter das Existenzminimum zu verhindern. Ich bin deswegen skeptisch, weil ich ein Anhänger der Tarifautonomie bin. Und zwar, weil ich nicht glaube, dass Politik alles, was in dieser Gesellschaft sich vollzieht, selber regeln

sollte. Wir sind in Deutschland mit der Tarifautonomie - also mit dem freien Aushandeln der Arbeitsbedingungen durch die Tarifpartner stark geworden und gut gefahren und nicht schwach geworden und nicht schlecht gefahren. Weil das so ist, sage ich denen, die was ändern müssten, wir müssen eine sorgfältige Diskussion darüber anfangen, ob das hilfreich ist oder nicht. Meine Skepsis bleibt. Aber ich habe keinen Anlass, in meiner Partei eine Diskussion eine Diskussion zu verhindern, die solche Fragestellung aufgreift, - könnte es auch nicht. Es ist doch gerade Aufgabe einer Partei. Sie können dasselbe bei der Bürgerversicherung sehen, solche mittel- und langfristigen Diskussionen und Projekte zu erörtern und das Für und Wider abzustimmen. Dagegen kann man doch eigentlich nichts haben.

**Inforadio:** Na ja, manche Kommentatoren haben ja gesagt, Sie und Müntefering hätten das erfunden, um die Gewerkschaften bei ihren Widersprüchen zu erwischen und die Partei mal wieder ein bisschen zu beschäftigen. Wäre ja auch nicht schlecht.

**Schröder:** Manche Kommentatoren denken sehr konspirativ, wir nicht.

**Inforadio:** Der Spitzensteuersatz sinkt in 2005 von 45 auf 42, Eingangssteuersatz von 16 auf 15, Entlastung 7,8 Milliarden Euro, alles sinnvoll. Wird aber eben teils in Ihrer Partei bestritten. Nun kommen wir zum Stichwort Bürgerversicherung. Ihre Parteilinke, Andrea Nahles, leitet ja eine Kommission zur Bürgerversicherung und sagt: "Man muss den Reichen was wegnehmen, weil sie an der Entwicklung des Landes sich beteiligen müssen, aber das tun sie nicht." Warum soll eigentlich Einkommensumverteilung über das Krankenversicherungssystem funktionieren?

**Schröder:** Sie haben zwei Themen berührt. Einmal Steuern und einmal Bürgerversicherung. Ich will auf beides eingehen. Was Gerechtigkeit bei den Steuern angeht: Als ich ins Amt kam, war der Spitzensteuersatz bei 53 Prozent, und der wird - Sie haben es richtig gesagt - im nächsten Jahr bei 42 sein.

**Inforadio:** Aber das lag auch an Ihnen, weil Sie damals die Petersberger Beschlüsse der Union ja auch torpediert haben, nicht wahr.

**Schröder:** Halt, halt...wird der Eingangssteuersatz - und der interessiert insbesondere diejenigen, die nicht so viel verdienen - der bei 25,9 Prozent lag,

**Inforadio:** ... und den wollte die Union auf 15 Prozent...

**Schröder:** Darf ich jetzt... - was die Union wollte, ist ja nicht wichtig, was sie gemacht hat, ist wichtig.

**Inforadio:** Was Sie zugelassen haben.

**Schröder:** Als ich das Amt übernommen habe, hatten wir einen Eingangssteuersatz von 25,9 Prozent und nicht weniger. Jetzt werden wir einen Eingangssteuersatz - und das ist das, was die nicht so dick Verdienenden interessiert - von 15 Prozent haben. Was die Frage der Gerechtigkeit im Steuersystem, das wir geschaffen haben, angeht, will ich auf folgendes hinweisen: 10 Prozent der Einkommensbezieher, der oberen Einkommensbezieher, zahlen 54 Prozent des Steueraufkommens. Und 50 Prozent der unteren Einkommensbezieher bezahlen in Deutschland 9 Prozent des Steueraufkommens. In sich ist das System in Ordnung, man kann es immer noch gerechter machen, das ist gar keine Frage. In sich ist es in Ordnung. Jetzt zur Bürgerversicherung. Was muss man tun? Zunächst einmal: Ich habe gesagt, die Gesundheitsreform greift, zeigt also den Erfolg der Politik, die wir gemacht haben. Hier geht es um eine mittel- und langfristige Debatte, um zwei Fragen. Ist es sinnvoller, möglichst viel an Einkommen - und nicht nur Arbeitseinkommen - an der Finanzierung der sozialen Systeme zu beteiligen, oder soll man es wie die Union vorschlägt, über diese Kopfpauschale machen, wo dann die Sekretärin das Gleiche wie der Generaldirektor zahlt? Das finde ich nicht sonderlich gerecht, man muss es dann ganz schwierig ausgleichen durch Steuern.

**Inforadio:** Herr Bundeskanzler, darf ich Sie doch an einer Stelle noch mal unterbrechen?

**Schröder:** Darf ich noch mal was sagen dazu, weil Sie ja das Thema angesprochen haben, und wenn Sie solche ernsthaften Dinge ansprechen, darf man es nicht nur in Schlagworten ansprechen. Also geht es doch darum zu sagen: Wollen wir die Finanzierung der Gesundheit nur über Arbeitseinkommen oder müssen wir sie nicht angesichts des anderen Altersaufbaus auch - jedenfalls zum Teil - über die Heranziehung von Steueraufkommen finanzieren. Wir tun das heute schon in der Rente. Mehr als ein Drittel der Renten werden steuerfinanziert. Wir werden zu solchen Systemen auch bei der Gesundheit kommen müssen. Das aber sind keine kurzfristigen Projekte, sondern mittel- und langfristige, die zu tun haben mit dem veränderten Altersaufbau in unserer Gesellschaft.

**Inforadio:** Sie sagen, nicht in Schlagworten sprechen bei der Bürgerversicherung. Ich bin nun wahrlich nicht der Pressesprecher der Union, darf aber darauf hinweisen, dass es ja auch ein Schlagwort ist, wenn man sagt, der Generaldirektor zahlt das Gleiche - das ist zwar faktisch richtig - wie die Sekretärin. Aber auf der anderen Seite geht es ja darum, dass der Sozialausgleich vielleicht wirklich besser - andere Länder machen uns das vor: Skandinavien - über Steuern zu regeln ist. Und im Grunde ist das Ergebnis der Kommission von Frau Nahles, dass es am besten über die Steuer zu regeln ist und nicht innerhalb des Gesundheitssystems.

**Schröder:** Es ist auch über die Heranziehung von Steuern - welche auch immer - mittel- und langfristig zu regeln, nicht nur. Im übrigen sind die skandinavischen Länder ein schlechtes Beispiel, weil die immer schon ihre sozialen Sicherungssysteme über Steuern und nicht über Beiträge finanziert haben. Insofern ist das ein anderes System als das was wir haben, das es seit Bismarcks Zeiten bekanntlich gibt. Ich sage ja gerade, unser Konzept heißt, wir müssen teilweise auch andere Einkünfte als Arbeitseinkünfte heranziehen, z.B. Kapitaleinkünfte. In welcher Weise das geschieht, wird man sehen. Und es ist ja gerade Sache dieser Debatte herauszukriegen, was denn das Vernünftigste ist. Nur, diese Kopfpauschale ist deswegen ungeeignet, weil sie eine riesige Umverteilung machen müßten, um die sozialen Unwuchten

auszugleichen. Das sage ich denen, die die Kopfpauschale übrigens ja nicht nur in der Union, sondern auch in der Wissenschaft vertreten, und wenn Sie sehr viel umverteilen müssen, gibt es immer Reibungsverluste und es wird dann teurer, als wenn sie es direkt machen.

**Inforadio:** Aber die Diskussion wird noch eine Weile dauern, weil man schon den Eindruck bekommen hat, dass Frau Nahles dieses Konzept der Bürgerversicherung auch ein bisschen entzaubert hat, insofern, als es vielleicht doch nicht taugt darauf einen Gerechtigkeits-Wahlkampf zu begründen?

**Schröder:** Das ist ja kein Konzept, das abgestellt ist auf Wahlkämpfe. Natürlich werden solche Fragen auch immer in Wahlkämpfen eine Rolle spielen, auch dieses wird eine Rolle spielen. Will man das - nach meiner Auffassung - unter jeder Bedingung ungerechtere Kopfpauschalen-System oder will man die Bürgerversicherung? Wie sich das im Einzelnen einrichten lässt, wie man Steuerfinanzierung, oder teilweise Steuerfinanzierung organisiert, ist nicht geklärt zurzeit. Ich muss jetzt mal daran erinnern, wir führen eine Debatte über mittel- und langfristige Positionen und die kann man doch nur führen, wenn man sie nicht gleich wieder mit dem Hammer 'ungerecht' oder 'nicht ungerecht' tot schlägt. Deswegen lassen wir doch diese Diskussion zu, zur einen wie zur anderen Seite, jeder kann seine Position entwickeln. Auch die Wissenschaft wird ihren Beitrag noch dazu leisten müssen und dann wird zu entscheiden sein. Gegenwärtig und in absehbarer Zeit bis hin zur Wahl 2006 haben wir Gott sei Dank den Zustand, dass die Wirkungen unserer Gesundheitsreform positiv eintreten. Die Lohnnebenkosten können sinken, das schafft mehr Arbeitsmöglichkeiten.

### **Teil 3:**

Reformziele – wie Deutschland sein soll

**Inforadio:** Herr Bundeskanzler, Thema jetzt: Reformziele - wie Deutschland sein soll. Ich will auch diesen Teil unseres Gesprächs mit einem Zitat eröffnen: 19. Mai 97 - schon erwähnt - ein Artikel von Ihnen im Spiegel. Sie waren damals noch niedersächsischer Ministerpräsident. Zitat: "Es ist ja nicht so, dass nicht jeder in Deutschland um die Notwendigkeit einer durchgreifenden Modernisierung von Staat, Wirtschaft und Verwaltung wüsste. Aber es ist heute kein optimistisches Projekt."

Würden Sie sagen, dass nach sieben Jahren – davon sechs als Bundeskanzler - es Ihnen gelungen ist, diesen - wie Sie immer sagen - notwendigen Prozess zu einem optimistischen Projekt zu machen ?

**Schröder:** Sicher nicht in dem Umfang, wie ich es für richtig hielte. Ich hab ja eingangs gesagt, was die Schwierigkeiten von Reformpolitik in entwickelten Gesellschaften sind. Zum Beispiel die Differenz zwischen der Bereitschaft einzusehen, dass sich vieles verändern muss, wenn nicht sogar alles. Und der nicht so entwickelten Bereitschaft, wenn es einen selber betrifft. Das ist wirklich ein Problem für Reformpolitik. Aber gleichwohl muss sie gemacht werden. Insofern steh' ich zu dem was '97 geschrieben worden ist. Mein Eindruck ist im übrigen, dass sich die Kluft, von der ich geredet habe, sowohl zeitlich wie auch hinsichtlich der Einstellungen zu schließen beginnt. Dass man mehr und mehr erkennt, wenn ich für Veränderungen bin, weil das um unserer Zukunft willen notwendig ist, dann kann ich mich

selber nicht ausnehmen und das macht mir durchaus Hoffnung, dass das auch bei Wahlen Erkenntnis bleibt.

**Inforadio:** "Wenn wir wissen, wo wir hin wollen, ist auch ein mühsamer Weg erträglich", hat der Bundespräsident gesagt. Was ist denn das Mühsame? Natürlich diese Reformen durchzusetzen - das ist ganz klar. Aber auf der anderen Seite: Vielleicht kann aus der Betonung, wie mühsam es jetzt weiter wird in der künftigen gesellschaftlichen Entwicklung, auch Optimismus entstehen. Ich meine es so, dass man einfach mal sagt, es bleibt anstrengend und deshalb ist das Einzige, was dem Einzelnen hilft, anstrengen - nicht auf den Staat warten. Verantwortung für sich und andere zu übernehmen. Also die Erwartungen, die man an den Staat hat, deutlich zurückschrauben ?

**Schröder:** Ich glaube, dass Sie da auf dem richtigen Weg sind. Wir werden eine neue - oder wir schaffen ja gerade eine neue Balance zwischen Eigenverantwortung einerseits und Solidarität andererseits. Und das wiederum hat zu tun mit den veränderten Bedingungen, unter denen wir leben. Ich habe das Stichwort Globalisierung - verschärften Wettbewerbsdruck heißt das ja im Grunde - genannt und ich habe den anderen Altersaufbau unserer Gesellschaft genannt. Das zwingt dazu, die Balance zwischen Solidarität und Eigenverantwortung neu zu definieren und genau das ist der Prozess der Reform, über die wir gegenwärtig hier heute miteinander reden. Daraus kann und soll Optimismus entstehen. Er wird entstehen, wenn klar ist, was das Ziel ist. Das Ziel ist, die Sicherungssysteme für unsere Kinder und deren Kinder in Ordnung zu halten. Was nicht das alleinige Ziel ist. Es gibt ein zweites, und das benenne ich so: Wir brauchen Mittel, die wir frei machen müssen, um sie zu investieren in Forschung und Entwicklung, damit wir die Besten in der Welt bleiben, wo wir es sind - und werden, wo wir es nicht sind. Wir müssen investieren in Bildung - mehr als je zuvor. Unser eigentliches Gut sind doch gut ausgebildete Menschen. Das sagt jeder ausländische Investor. Und wir müssen investieren in die bessere Betreuung von Kindern, weil wir es uns überhaupt nicht leisten können, aus Gerechtigkeitsgründen und auch aus wirtschaftlichen Gründen, die gut ausgebildeten Frauen, weil es keine Betreuung für die Kinder gibt, aus dem Arbeitsprozess herauszuhalten.

**Inforadio:** Lassen Sie uns über diese drei Punkte sprechen. Fangen wir an mit der Bildung. Wenn sozialdemokratische Denker sagen: Soziale Gerechtigkeit muss man heute als Bildungsgerechtigkeit definieren - welche Schlüsse ziehen Sie daraus. Wie muss unser Bildungssystem dann umgestaltet werden ?

**Schröder:** Ich würde sagen "auch als Bildungsgerechtigkeit" - nicht nur. Die anderen Fragen, über die wir geredet haben, bleiben Teil einer Strategie der sozialen Gerechtigkeit.

**Inforadio:** Andere Betonung....

**Schröder:** Ja, ist schon richtig. Wissen Sie, ich habe da sehr eigene Erfahrungen. Ich möchte, dass wir ein System behalten und wo wir es nicht haben, bekommen, wo jemand, der aus wirklich kleinsten und armen Verhältnissen stammt wie ich selber (ich will das gar nicht heute an die Glocke gehängt haben), wo der eine Chance hat, wenn er sich anstrengt, über

Bildung auch weiterzukommen. Wenn Sie so wollen - wie das so schön heisst – "nach oben" zu kommen. Und das wird nur funktionieren, wenn wir nicht zu früh auswählen, was Deutschlands hohe Schulen angeht. Und wenn wir eine Chance geben, was Deutschlands höchste Schulen, also die Universitäten angeht, dass man studieren kann unabhängig vom Geldbeutel der Eltern.

**Inforadio:** Aber da muss man ja erst einmal hinkommen. Warum ist es so - das ist die Frage - muss man da möglicherweise umdenken, umbauen, dass der Anteil der Arbeiterkinder an den Universitäten heute nur um ein Prozent höher ist als im Jahre 1950? Der liegt jetzt etwa bei fünf Prozent. Und die Diskussion, die geführt wird, ist - übrigens hört man das durchaus in vertraulichen Gesprächen auch von Mitgliedern Ihrer Regierung - ob man dann nicht anders denken muss. Dass man sagt: Man muss oben Gebühren nehmen und unten im Bildungssystem - beispielsweise in bildungsorientierten Kindergärten - für arme Leute eben diese Gebühren erlassen.

**Schröder:** Ich habe damit prinzipiell kein Problem. Es gibt zwei Punkte, die man sehen muss. Wenn Sie Studiengebühren zulassen oder einführen, dann ist doch wohl klar, wenn Sie Bildungsgerechtigkeit verwirklichen wollen, dass Sie ein Stipendien-System brauchen, das denen hilft, die es von zu Hause nun nicht mitbekommen haben.

**Inforadio:** Da haben die Grünen ja Vorschläge gemacht.

**Schröder:** Ja, das sehe ich nicht durchgesetzt. Die zweite Gefahr ist, wenn Sie das zulassen, dass es dann Sache des Bundes sein würde, für die Stipendien zu sorgen und die Länder sich sozusagen aus der Verantwortung ihrer Haushalte für die Universitäten herauszögen. Das heißt, die ganze Frage, müssen wir das System umbauen, auch der Bildungsfinanzierung, will ich nicht von vornherein mit Tabus belegen. Aber ich denke, das, was wir gegenwärtig haben, nämlich über BAFÖG abzusichern, dass auch Kinder aus schwächeren sozialen Verhältnissen Deutschlands höchste Schulen besuchen können, das ist als Prinzip in Ordnung. Ob man das verbessern kann – da bin ich durchaus offen für solche Diskussionen.

**Inforadio:** Es ist doch in Deutschland so, dass unser Bildungssystem jährlich 20 Prozent eines Bildungsjahrgangs entlässt, der nicht die Fähigkeit besitzt, eine Berufsausbildung zu beginnen. Also, es geht jetzt nicht um die Lehrstellenproblematik. Muss mal also etwas anders machen?

**Schröder:** Natürlich, aber das sind sie beim Bundeskanzler an der falschen Adresse. Denn wir haben nun mal - und es gibt ja auch gute Gründe dafür - ein föderales System bei uns, und die Hoheit für die Schulen liegt allein bei den Ländern. Dass man - und diese berühmte Pisa-Studie hat das ja herausgebracht - in den deutschen Schulen zu früh auswählt, selektiert wie das so schön heißt im Wissenschaftsdeutsch, das hat diese Studie ergeben. Konsequenzen daraus müssen in den Ländern gezogen werden. Natürlich ist es so, dass es alarmierend ist. Die Zahl, die Sie genannt haben, über die, die nicht einmal ausbildungsfähig sind, stimmt ja, dass das alarmierend ist. Ich will auf eins hinweisen: Soweit es sich nicht um die erste Generation von Migranten handelt, will ich auch eine Verantwortung nicht nur der Schule

einklagen, es gibt auch eine Verantwortung, die die Eltern haben für die Erziehung. Die sollte man nicht ganz außer Acht lassen bei der Diskussion. Wir haben vorhin - Sie selber haben es gesagt, dass es wohl richtig sei, wenn man nicht nur auf den Staat und das guckt, was der zu leisten im Stande ist, das gilt auch in dem Erziehungsbereich.

**Inforadio:** Ganz kurz, um das Thema Bildung noch abzuschließen. Wenn das Bundesverfassungsgericht das gerade von der SPD hoch gehaltene Verbot, Studiengebühren zu nehmen kippt, also was macht man dann? Wird es dann dieses Darlehen- und Stipendienmodell der Grünen geben?

**Schröder:** Das sind wieder so Diskussionen, wie wir sie beide ja nicht führen wollten, was passiert wenn....

**Inforadio:** Ja, das ist aber absehbar.

**Schröder:** Wenn, dann werden das die Länder entscheiden müssen, denn die sind zuständig für die Schulen. Ich nehme an, dass es dann Formen von Studienfinanzierung geben wird. Aber ich bestehe darauf, dass wir in Deutschland keine Situation zulassen dürfen, wo das Ausleben von Begabungen über Bildung abhängig ist vom Geldbeutel der Eltern. Ob es bessere Instrumente gibt als die jetzigen, darüber bin ich zu diskutieren bereit, aber nicht über das Prinzip. Ich möchte keine Gesellschaft, in der jemand keine Bildung, die ihm zusteht und die er kann, keinen Bildungsstand, erreichen kann, nur weil er arm geboren ist, das will ich nicht.

**Inforadio:** Von der Bildung zum recht dehnbaren Begriff der Innovation. Dieses Jahr sollte nach Ihrem Willen das Jahr der Innovation werden. Das möchte ich am konkreten Regierungshandeln an einem Punkt überprüfen. Sie haben schon in dem erwähnten Spiegel-Artikel von '97 "Leitprojekte in der Bio- und Gentechnologie" gefordert. Wie verträgt sich das mit dem noch nicht in Kraft getretenen neuen Gesetz zur grünen Gentechnik Ihrer Ministerin Renate Künast von den Grünen, in dem die Haftungsregelungen so stark sind, dass man im Grunde sagen kann - sagen jedenfalls Wissenschaftler - die grüne Gentechnik steht vor dem Ende in Deutschland.

**Schröder:** Also, bei uns wird ja immer sehr zugespitzt formuliert. Wenn Sie sich das Gesetz anschauen, dann hat es Haftungsregeln, die dem Bürgerlichen Gesetzbuch nachempfunden sind. Die Haftungsregeln im Bürgerlichen Gesetzbuch - ich habe die mal alle lernen müssen - sind erträglich. Auf der anderen Seite ist es auch so, dass derjenige, der mit diesen Dingen umgeht, natürlich auch Verantwortung hat, die auch diejenigen, die negativ betroffen sind, einklagen können müssen. Ich halte die Haftungsregeln, die da geschaffen worden sind, für erträglich.

Aber Ihre Frage geht ja weiter. Ihre Frage geht ja dahin: Ist Deutschland als Land für Forschung in der Bio- und Gentechnologie offen genug. Und da muss ich darauf hinweisen, dass ich in dieser Diskussion sehr entschieden Position bezogen habe, und zwar für mehr Offenheit, was die Forschung in diesen Bereichen angeht. Dass ich aber erleben musste, dass

es eine ganz ganz große Koalition aus Teilen meiner Partei, den Grünen aber auch der Union gegeben hat, die Regelungen geschaffen haben, die die Forschung nicht verhindern; die aber – wie ich finde - immer mal wieder überprüft werden müssen, ob sie den Forschungsstand, der international da ist, richtig realisieren oder nicht. Insofern sind wir am Anfang dieser Diskussion, nicht am Ende.

**Inforadio:** Wird in Sachen Forschung und Entwicklung in Deutschland ausreichend getan?

**Schröder:** Das ist eine gute Frage. Wenn Sie sich anschauen, wie das in Europa ist, dann stellen Sie fest, der europäische Durchschnitt der Aufwendungen für Forschung und Entwicklung am Bruttoinlandsprodukt liegt bei zwei Prozent. Wir sind in Deutschland bei 2,5 Prozent, sind also besser als der Durchschnitt. In Schweden liegt er bei 4,3 Prozent. Und da müssen wir hin, schrittweise. Wir haben gesagt, in dieser Dekade müssen wir auf drei Prozent kommen bis 2010.

**Inforadio:** Liegt das nur an der Union, dass Sie da noch nicht sind oder auch an Ihnen selbst?

**Schröder:** Nein, das liegt nicht nur an der Union, sondern es geht hier auch um Forschungsaufwendungen aus der Industrie und keineswegs nur die durch den Staat.

**Inforadio:** Ja, aber Subventionsabbau....

**Schröder:** Ja, wir haben gesagt, und das liegt nun an der Union, wir haben gesagt - das war für uns ja auch nicht leicht - es ist angemessen angesichts der Tatsache, dass man von Wohnungsnot nun wirklich nicht reden kann - wenn ich mal von ein paar Ballungszentren vielleicht absehe - es ist angemessen, die Subvention, die es im Bereich der Eigenheimzulage gibt, zu streichen, das Geld aber nicht in den Haushalt zu tun, sondern auszugeben, um das 3-Prozent-Ziel zu erreichen. Das würde ich gerne tun. Ich hoffe, dass die Union einsieht, dass es hier wirklich um ein Stück Zukunftsfähigkeit der Republik geht und deswegen auch keine Blockade im Bundesrat macht.

**Inforadio:** In einem anderen Punkt hat Ihnen ja Frau Merkel diese Woche durchaus ein positives Zusammenarbeitssignal gegeben. Ich komme damit zum Thema Familie. Das ist das skandinavische Modell eines Elterngeldes. Muss man kurz erklären. Danach wird Müttern oder Vätern für einen Zeitraum von 14 Monaten - das ist die Überlegung - 67 Prozent des letzten Netto-Einkommens gezahlt. Natürlich nur bis zur Beitragsbemessungsgrenze von 5.150 Euro. Was bedeutet der Prüfungsauftrag, den Sie Ihrer Ministerin erteilt haben. Heißt das, das wird es noch vor 2006 geben?

**Schröder:** Ich glaube nicht. Ich finde man soll die skandinavischen Erfahrungen auswerten, dabei auch berücksichtigen, dass die Gesellschaft anders strukturiert ist. Letztlich geht es ja darum zu schauen, nicht nur zu schauen, ob wir genug Kinder haben, sondern auch wo sie sind. Und ob man z.B. die junge Akademikerin bewegen kann, Kinder zu bekommen mit



einer solchen Maßnahme. Ich bin da für ein sehr offenes Prüfungsverfahren und habe deswegen auch diesen Auftrag gegeben. Was muss noch berücksichtigt werden? Wir sind gerade dabei, massiv zu investieren in Betreuung. Wir müssen uns also fragen, was hindert denn die jetzt von uns vorgestellte Frau mehr, ein Kind zu bekommen? Die materielle Frage - die kann man dann wie in Skandinavien ausgleichen - oder die mangelnde Betreuung? Da wir Geld nur einmal ausgeben können, wird man sehr sorgfältig abwägen müssen, was ist wirklich die Ursache und was hilft mehr zu dem was wir wollen - nämlich mehr Kinder in unserer Gesellschaft. Deswegen glaube ich nicht, dass es sehr kurzfristig zu Entscheidungen in dieser Frage kommen wird, sondern wir müssen auf jeden Fall weitermachen beim Aufbau von Betreuungsmöglichkeiten. Ich persönlich halte das für die ganz entscheidende Frage. Und der darf nichts entgegen stehen. Wenn man dann Möglichkeiten hat und die sinnvoll sind, die sich auf Deutschland übertragen lassen, kann man sich dem anderen Problem auch nähern. Aber auf gar keinen Fall darf es dazu kommen, dass das die Investments in Betreuung in irgendeiner Form negativ beeinträchtigt.

Inforadio: An diesem Donnerstag war ja das Tagesbetreuungs-Ausbaugesetz - wie es so schön kompliziert heißt - in erster Lesung im Deutschen Bundestag. Da geht es darum, dass Einsparungen aus Hartz IV da eben reinfließen sollen; 1,5 Milliarden. Die Kommunen sagen, das reicht lange nicht aus. Also: Ist dieses Projekt unterfinanziert?

Schröder: Das würde ich nicht sagen. Natürlich müssen die Kommunen auch Eigenes hinzutun. Sie sind ja zuständig für diesen Bereich. Auch dort wird man überlegen müssen, und in einigen Kommunen passiert das so, ich bin im Gespräch mit Oberbürgermeistern, ständig, die solche Vorstellungen entwickelt haben. Die sagen, wir können das schaffen, natürlich nur schrittweise. Natürlich muss auch in den Kommunen, in den Ländern, eine Umwidmung von Mitteln geschehen, sehr viel mehr in diesen Bereich hineinfließen. Wir können doch immer nur Anreize geben. Wir geben ja zusätzlich 4 Milliarden in der Legislaturperiode aus, um die betreute Ganztagsbetreuung in den Schulen besser zu machen, die auch mit Vermittlung von Wissen zu tun hat. Das greift, da sind inzwischen 3.000 neue Schulen dieser Art entstanden. Und das zeigt, dass wir das sehr ernst nehmen, was diese Frage angeht. Ich möchte, dass die Länder und die Kommunen das in gleicher Weise tun.

Inforadio: Müssen wir vielleicht an anderer Stelle auch noch mal nachdenken? Wir haben ja in Deutschland die zweithöchsten direkten Transfers für Familien und wir haben die höchsten Steuervergünstigungen in der Welt und trotzdem haben wir zu wenig Kinder. Also muss man da möglicherweise auch neu nachdenken?

Schröder: Man muss da neu nachdenken, man muss übrigens immer nachdenken.

Inforadio: Das ist klar.

Schröder: Nur, man muss auch darüber nachdenken, ob die Tatsache, dass wir eines der Länder mit der geringsten Geburtenhäufigkeit sind, nur mit materiellen Dingen zu tun hat, und nicht auch vielleicht mit anderen Einstellungen zu tun hat. Also man darf auch hier nicht - sozusagen - alles auf die materielle Schiene schieben. Es gibt auch Dinge, die in der

persönlichen Entwicklung liegen, die das hindern. Deswegen müssen sich Mentalitäten in Deutschland ändern, sowohl was diese Frage angeht, als auch, was die Bereitschaft angeht, sich auch persönlich auf Reform-Notwendigkeiten einzulassen.

[Fenster schließen!](#)